

PRESSEMITTEILUNG #12 – 22.01.2025

Martin Habersaat

Stellenstreichungen an den Schulen müssten nicht sein!

In der kommenden Woche wird der Landtag über den Landeshaushalt 2025 entscheiden. Dann werden CDU und Grüne Stellenkürzungen an den Schulen, die Streichung von Bildungsangeboten und eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung beschließen – trotz steigender Schülerzahlen und großer Probleme an den Schulen. Das darf nicht sein und müsste auch nicht sein, sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Es ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid, in Zeiten steigender Schülerzahlen Lehrerstellen zu streichen. Das hat es in Schleswig-Holstein lange nicht gegeben und es müsste auch nicht sein. Wir machen mit unseren Haushaltsanträgen klar, wie es anders ginge, wenn man bei der Bildung einen politischen Schwerpunkt setzt. Diesen Schwerpunkt hatte Daniel Günther dem Land mal versprochen. Und er wäre dringend erforderlich. Wir brauchen dringend verlässlich stattfindenden Unterricht und einen neuen Umgang mit den immer zahlreicher werdenden Vertretungslehrkräften.

Konkret hat die SPD-Landtagsfraktion folgende Maßnahmen für eine gute und gerechte Bildung in Schleswig-Holstein beantragt:

- **Keine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung:**
Die Landesregierung plant die Unterrichtsversorgung ab dem Schuljahr 2025/26 auf 100% zu reduzieren. Das entspricht Stelleneinsparungen von 200 Lehrkräften. Die Unterrichtsversorgung beschreibt, wie viele Lehrkräftestellen den Schulen theoretisch zur Verfügung stehen. Das heißt nicht, dass diese Stellen auch besetzt sind. Die bisherige rechnerische „Übersorgung“ von 102% verschafft den Schulen einen kleinen Spielraum, um unbesetzte oder befristet ausfallende Stellen aufzufangen. Dennoch fanden im letzten Schuljahr knapp 12% der Unterrichtsstunden nicht planmäßig statt. Kürzt man die Unterrichtsversorgung, wird es schlimmer. Die SPD will die Unterrichtsversorgung stabil halten.
- **Mentoring-System für Vertretungslehrkräfte:**
Von den 4.485 Vertretungslehrkräften an Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2023/24 sind knapp 70% nicht (voll) ausgebildet, aber unterrichten eigenverantwortlich. Diese Lehrkräfte brauchen Unterstützung. Es darf nicht nur darum gehen, dass der Unterricht formal stattfindet, sondern es muss auch darum gehen, den Schüler*innen in diesem Unterricht die nötigen fachspezifischen Fähigkeiten und Fertigkeiten beizubringen. Diese notwendige Unterstützung sollte aber nicht als ehrenamtliches „on top“ von den Lehrkräften im Kollegium geleistet werden, die gerade zufällig ansprechbar sind. Stattdessen muss es an den Schulen ähnlich der Mentor*innen für Ausbildungslehrkräfte verlässliche Ansprechpersonen für Vertretungslehrkräfte geben. Dies könnten vor allem Seniorlehrkräfte sein, die für das Mentoring eingestellt werden.

- **Aufstockung der Schulpsycholog*innen:**
Schule ist ein Ort, in den psychische Belastungen hineingetragen werden und in dem psychische Belastungen entstehen: Leistungsdruck, soziale Konflikte, Zukunftssorgen, etc. Bis zu 30% der Schüler*innen leiden unter psychischer Belastung. Sie brauchen psychosoziale Unterstützung, um gesund zu bleiben oder zu werden und gut lernen zu können. Eine ausreichende psychosoziale Unterstützung ist daher sowohl ein Baustein für den Bildungserfolg junger Menschen, als auch für die Entlastung unserer Lehrkräfte. Mit der Aufstockung wollen wir eine alte KMK-Empfehlung endlich einhalten.
- **Rücknahme der Reduzierungen im DaZ-Bereich:**
Bereits 2024 hat die Landesregierung die Lerngruppengröße von Deutsch-als-Zweitsprache-Klassen an allgemein bildenden Schulen von 16 auf 18 erhöht, mit dem Haushalt 2025 erfolgt dies nun auch an den beruflichen Schulen. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung. DaZ-Lerngruppen zeichnen sich durch extreme Heterogenität aus. In einer Klasse treffen sich verschiedene Altersgruppen, Sprachherkünfte und Ausgangsvoraussetzungen, z.T. sind Alphabetisierung und Schulsozialisierung nötig, aber auch Betreuung traumatisierter Kinder und Jugendlicher. Die SPD will die Lerngruppengröße deshalb wieder auf 16 begrenzen und wartet dringend auf die Studie zum DaZ-Bereich, die sich schon viel zu lange verzögert.
- **Einbindung von Lehrkräften im Ganztag**
An den Grundschulen Schleswig-Holsteins startet mit dem Schuljahr 2026/27 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Ganzes Land wartet dringend auf Konzepte und Finanzierungsrichtlinien der Landesregierung. Bisher vergeblich. Die SPD legt nun einen Plan vor, um Lehrkräfte mehr einzubinden und die Verzahnung von Vor- und Nachmittag zu verbessern. Lehrkräfte dürfen bisher im Rahmen ihres Stundenkontingents zwar im Ganztag eingesetzt werden, sofern Stunden „übrig“ sind – was kaum der Fall ist in Zeiten des Lehrkräftemangels. Dabei trägt der Einsatz von Lehrkräften entscheidend zur Qualität des Ganztags bei. Fast alle mit dem Deutschen Schulpreis prämierten Ganztagsschulen setzen Lehrkräfte im Nachmittag ein, so dass die Grenzen zwischen vormittäglichem Unterricht und nachmittäglicher Betreuung verschwimmen.
- **Förderung der Grundbildung in Schleswig-Holstein**
6,2 Mio. Menschen bzw. 12,1% der erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland können nicht oder nur unzureichend lesen und schreiben. Diese Menschen stehen in ihrem Alltag vor großen Herausforderungen, da kaum eine Tätigkeit ohne diese Fähigkeiten auskommt (Einkäufen, Orientierung in unbekanntem Stadtteilen, Hausaufgabenhilfe für die Kinder, offizielle Briefe und Dokumente, Vertragsabschlüsse, etc.). Betroffene bewältigen ihren Alltag mit Täuschungs- und Vermeidungsstrategien, auch um Scham und emotionalen Stress zu vermeiden. Die Folgen sind fehlende Bildungschancen und Armut. Das Land fördert aktuell vier Grundbildungszentren, die als Anlaufstellen für

Jugendliche und Erwachsene mit keinen oder sehr geringen Lese- und Schreibkompetenzen und Grundbildungsbedarfen dienen. Analphabetismus ist ein Problem im ganzen Land. Daher müssen die Grundbildungszentren insbesondere für Menschen, für die Mobilität auf Grund geringer Lesefähigkeiten eine Herausforderung ist, zumutbar erreichbar sein. Hierfür sind weitere Grundbildungszentren wichtiger Schritt.

- Förderung des Nachholens von Schulabschlüssen
Jährlich verlassen bis zu 2.500 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen Schulabschluss – in Schleswig-Holstein mehr als in anderen Ländern. Ohne Schulabschluss ist es kaum möglich einen Ausbildungsplatz zu finden. Schulabbrecherinnen und -abbrecher enden oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen und Armut. Wenn sie Arbeit finden, lohnt sich Arbeit für sie meistens nicht. Daran müssen wir einerseits an den Schulen arbeiten, andererseits muss es Möglichkeiten geben, diesen Schulabschluss nachträglich zu erwerben. Aktuell deckt der Landeszuschuss ca. 20% der Kosten eines Vorbereitungskurses, die Kosten belaufen sich zuweilen auf mehrere Tausend Euro. Das hat zur Folge, dass trotz steigender Quote der Schulabbrecherinnen und -abbrecher seit 2015 20% der Standorte für die Vorbereitung des ESA und 60% der angebotenen Kurse für den MSA weggebrochen sind. Hier braucht es mehr Unterstützung!

Alle Haushaltsanträge der SPD sind gegenfinanziert. Bevor in der Bildung gespart wird, muss eine Landesregierung auch bei den eigenen Strukturen ansetzen, etwa bei neu geschaffenen Ministerien und zusätzlichen Stellen für Staatssekretäre mit entsprechenden Stäben. An einigen Stellen haben wir Luft aus den Haushaltsansätzen herausgelassen, an anderen gezeigt, was es heißt, Schwerpunkte zu setzen!“